

Presseinformation zur Pressekonferenz „Psychische Gesundheit für alle. Versorgung neu denken. Lücken schließen“ vom 22. Jänner 2024



Psychische Gesundheit für alle.
Versorgung neu denken.
Lücken schließen.



Foto: Inge Prader

ao. Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Beate Wimmer-Puchinger, Präsidentin des Berufsverbandes Österreichischer PsychologInnen (BÖP)

„Mit 1.1.2024 haben alle versicherten Menschen in Österreich einen gesetzlichen Anspruch auf klinisch-psychologische Behandlungsleistungen. Für diesen Meilenstein im Bereich der österreichischen Gesundheitsversorgung, bin ich dankbar und stolz und freue mich, dass der hohe Versorgungsbedarf von den beiden Regierungsparteien erkannt wurde. Klinisch-psychologische Behandlung muss für alle zugänglich sein. Die Aufnahme ins Sozialversicherungsgesetz sowie die dafür zur Verfügung stehenden Mittel sind ein wichtiger erster Schritt. Es braucht jedoch darüber hinaus noch weitere Kostenunterstützung. Klinisch-psychologische Behandlung muss für alle leistbar sein und darf niemanden ausschließen. Deshalb führt kein Weg an klinisch-psychologischer Unterstützung auf E-Card vorbei. Mit diesem Schulterchluss der wichtigsten Institutionen und Vereine, die sich tagtäglich mit dem Leid von Menschen mit psychischen Erkrankungen konfrontiert sehen und sich unermüdlich sowie mit höchstem Engagement für diese Menschen einsetzen, können wir unsere Kräfte bündeln, um Menschen nicht verzweifelt und vor allem allein zurückzulassen. Daher startet der BÖP den Aufruf: Spannen wir ein Netzwerk der psychosozialen Unterstützungssysteme, um JETZT gemeinsam zu handeln.“



Foto: Ingo Pertramer

Mag.^ª Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas Österreich

Anna Parr, Generalsekretärin der Caritas Österreich: „Wir leben in einer Zeit der multiplen Krisen. Von Klimakrise über Armut bis Krieg - diese multiplen Krisen überfordern und machen ohnmächtig und auch einsam, mit gravierenden Auswirkungen auf die Gesundheit vieler Menschen. In unseren Caritas-Einrichtungen in ganz Österreich sehen wir, dass Einsamkeit und psychische Erkrankungen Menschen jeden Geschlechts, Alters, jeder Herkunft betreffen. Wir wissen aus einer Studie, dass sich mehr als 570.000 Menschen in Österreich einsam fühlen. Und wir wissen auch, dass Einsamkeit mit Armut korreliert. Je niedriger das Einkommen, desto einsamer. All das ist ein klarer Handlungsauftrag: Politik und Gesellschaft müssen sich

dem Tabu-Thema Einsamkeit und dem psychischen Wohlbefinden noch verstärkt widmen. So positiv es ist, dass klinische Psychologie und auch Psychotherapie als Kassenleistungen nun ausgebaut werden sollen, das wird nicht reichen. Wenn wir Einsamkeit strategisch bekämpfen wollen, dann brauchen wir eine nationale überministerielle Strategie, eine zentrale Koordinierung aller Maßnahmen von Bildung bis hin zum Wohnbau und es braucht eine wissenschaftliche Begleitung – um zu wissen welche Maßnahmen schnell helfen und ausgebaut werden können, und welche eben nicht



Foto: Simon Rainsborough

Dr.ⁱⁿ Katharina Moser, Direktorin der Diakonie Österreich

„Die Wartelisten bei psychologischer Behandlung sind noch immer zu lange, die Kosten noch immer zu hoch. Die Diakonie weiß um diese Lücken aus ihrer Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und Familien, die schwierige Zeiten durchstehen müssen. Leistbare und verfügbare psychologische Hilfen sind aber ganz entscheidend für das gute Aufwachsen von Kindern, die gesundheitliche Probleme haben. Bei rechtzeitiger Behandlung können Wunden von Belastung und Stress bei Kindern gut versorgt werden. Das aber braucht Zeit und fachgerechte Hilfe. Je früher die beginnt, je früher wieder Sicherheit hergestellt werden kann, desto besser ist die Prognose für die Zukunft. Angesichts der psychosozialen Probleme infolge der Krisen wäre das eine mehr als wirksame und vernünftige Investition.“



Foto: Österreichische Krebshilfe

Prim. Univ.-Prof. Dr. Paul Sevelda, Präsident der Österr. Krebshilfe

„Die Österreichische Krebshilfe hilft rund 30.000-mal pro Jahr mit gezielten psychoonkologischen Interventionen. Diese für PatientInnen und Angehörige existenziell wichtige Leistung wird aus Spendengeldern finanziert. Damit ist das Ausmaß dieser Leistung bislang vom volatilen Spendenfluss abhängig. Aus Sicht der Österreichischen Krebshilfe ist dies individuell wie gesellschaftlich nicht zu verantworten. Eine Krebserkrankung stellt eine enorme Belastung und Herausforderung in physischer, psychischer und sozialer Hinsicht dar. Die Perspektive einer Regelfinanzierung psychoonkologischer Leistungen durch die Abrechnung mit den Sozialversicherungsträgern via e-Card durch qualifizierte PsychoonkologInnen in freier Praxis und Hilfsorganisationen wie die Österreichische Krebshilfe ist entscheidend für Fortbestand und dringend notwendige Ausweitung des Angebots. Gerade während längerer Krankenstände in Folge einer Krebserkrankung sind Sonderausgaben für psychoonkologische Unterstützung auf privater Finanzierungsbasis in vielen Fällen nicht leistbar.“



Foto: Hilfswerk

Elisabeth Anselm, Geschäftsführerin Hilfswerk Österreich

„Unsere Gesellschaft verdrängt die psychosozialen Herausforderungen des Alterwerdens. Mit verheerenden Folgen. Denn anstatt uns dem Thema zu stellen und Strategien zu entwickeln, wird es tabuisiert. Kein Wunder, dass es an leistbarer Unterstützung mangelt. Der Verlust von geliebten Menschen, Einsamkeit und Depressionen, der Umgang mit körperlichen, neurologischen und kognitiven Einschränkungen wie etwa bei Parkinson oder Demenz, die Auseinandersetzung mit Pflegebedürftigkeit und der eigenen Endlichkeit – das sind starke Themen, die die Psyche fordern. Es gibt hier unendlich viel seelisches Leid. Der Bedarf an psychosozialer Hilfe für Menschen, die chronisch krank oder pflegebedürftig sind, aber auch für deren Angehörige, ist groß. Die Aufnahme der klinisch-psychologischen Behandlung in das ASVG ist ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Lage. Nun braucht es entsprechende Verträge mit der Sozialversicherung für PsychologInnen und Institutionen, damit die Unterstützung in der Praxis wirksam werden kann.“



Foto: Luiza Puiu

Mag. Martin Schenk, Psychologe, Sozialexperte und Mitbegründer der Armutskonferenz

„Armut kränkt die Seele. Einkommensschwächere sind am stärksten von Depressionen betroffen. Das unterste Fünftel der EinkommensbezieherInnen weist mit 18,5% den höchsten Anteil an Depressionen auf. Im obersten Fünftel ist der Anteil Betroffener mit 3 % am niedrigsten. Gleichzeitig sind für diejenigen, die am stärksten betroffen sind, die finanziellen Hürden einer guten Behandlung am höchsten. Die Kosten psychologischer Behandlung sind nach wie vor viel zu hoch für Leute mit wenig Geld. Ein Gesetz für psychologische Behandlung zu beschließen ohne es auch dem ärmsten Patienten leistbar zu machen ist wie eine Wohnung anzubieten, aber den Schlüssel dafür nicht auszuhändigen. Der Schlüssel wäre eine ordentliche Finanzierung, die den Zugang für jeden sichert – egal ob arm oder reich. Und egal wo: im niedergelassenen Bereich, der Primärversorgung, in regionalen integrierten Therapiezentren oder mobilen Teams.“



Foto: Christopher Glanzl

Mag. Erich Fenninger, Geschäftsführer Volkshilfe

„Armutsbetroffene Kinder und Jugendliche erleben immer neue Krisen und Belastungen. Coronakrise, Klimakrise, Teuerung, Ausgrenzung. Sie sind dabei in noch höherem Maße auf öffentliche Versorgung angewiesen, weil ihre Eltern mangelnde Ressourcen des Gesundheitssystems nicht auf eigene Kosten ausgleichen können. Das können wir jeden Tag in unserer Sozialen Arbeit beobachten. Sie können sich eine WahlpsychologIn oder eine PrivatärztIn nicht leisten. Und so stehen die Kinder auf einer Warteliste nach der anderen. So entstehen gesundheitliche Ungleichheiten, die die Kinder ein Leben lang begleiten können. Damit alle Kinder in Österreich die besten Möglichkeiten für ein Leben in psychischem Wohlbefinden haben, müssen wir um den Ausbau gesundheitlicher Infrastruktur und klinisch-psychologischer und psychotherapeutischer Therapieplätze kämpfen. Wie kann es sein, dass jedes gebrochene Bein in Österreich behandelt wird, aber bei psychischer Gesundheit setzen wir den Rotstift an und sagen so und so viele Behandlungen pro Jahr sind genug. Das wird dem Recht der Kinder auf ein gesundes Aufwachsen nicht gerecht.“